



Die Freien Demokraten im Bezirksverband Westhessen-Nassau haben auf ihrem Parteitag die Vorsitzende Marion Schardt-Sauer (Limburg-Weilburg) im Amt bestätigt. Dem Vorstand gehören weiterhin an

als stellvertretende Vorsitzende Christian Diers (Wiesbaden), Johannes Baron (Main-Taunus) und Stefan Müller (Rheingau-Taunus). Schatzmeister wurde erneut Peter L. Kuhn (Wiesbaden) und Lucas Schwalbach (Wiesbaden) Europabeauftragter. Daneben wurden weitere elf Beisitzende aus den vier FDP-Kreisverbänden des Bezirkes in den Vorstand gewählt.

Schardt-Sauer (im Bild 7.v.r) erinnerte in ihrer Rede an die gemeinsamen errungenen Erfolge in den vergangenen 2 Jahren. Mit Bettina Stark-Watzinger und Alexander Müller sind gleich zwei Bundestagsabgeordnete aus dem Bezirk im Herbst 2017 in das deutsche Parlament eingezogen.

Für die kommende Landtagswahl im Oktober konnten Stefan Müller (Platz 7) und Marion Schardt-Sauer (Platz 10) aussichtsreiche Positionen auf der Landesliste der Freien Demokraten Hessen erreichen. Mit Stefan Müller stellt der Bezirk Westhessen-Nassau zudem bereits ab August wieder einen Landtagsabgeordneten aus den eigenen Reihen, da dieser als Nachrücker jetzt schon zum Zuge kommt.

Die Bundestagsabgeordnete Bettina Stark-Watzinger (im Bild 5.v. links), die auch Vorsitzende des Finanzausschuß des Deutschen Bundestags ist, übernahm dabei souverän die Tagungsleitung und berichtete nach den Wahlgängen über die politische Situation in Berlin.

Auch nach 100 Tagen großer Koalition fehle der Regierung jegliche Zukunftsideen und die echte Lust zu Reformen. Stattdessen laufe man lieber außenpolitisch in neue Konflikte auf

europäischer und transatlantischer Ebene, innenpolitisch zeige sich eine große Innovationsmüdigkeit und leider die Verweigerung jeglicher Entlastung trotz Rekordeinnahmen des Staates.

Einen Tiefpunkt bilde der aktuelle Asylstreit, bei dem die Regierung versagt habe, ein in der Bevölkerung zentrales Thema politisch zu lösen. "Diese Diskussion darf Frau Merkel nicht radikalen linken oder rechten Kräften überlassen, denen es nicht um den konsequenten Rechtsstaat oder die unantastbare Menschenwürde geht. Die Freien Demokraten setzen auf nachhaltige europäische Lösungen und ein klares Einwanderungsgesetz", so Stark-Watzinger abschließend.